

05.10.98

**Empfehlungen
der Ausschüsse**EU - In - K - U - VP - Wizu **Punkt** der 730. Sitzung des Bundesrates am 16. Oktober 1998

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung eines Mehrjahresprogramms für Studien, Analysen, Prognosen und damit verbundene Arbeiten im Energiebereich (1998 - 2002 (Programm ETAP))

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über ein Mehrjahresprogramm (1998 - 2002) für Maßnahmen im Kernenergiebereich auf dem Gebiet des sicheren Transports radioaktiven Materials sowie der Sicherheitsüberwachung und der industriellen Zusammenarbeit zur Förderung bestimmter Sicherheitsaspekte der kerntechnischen Anlagen in den derzeitigen Teilnehmerländern des TACIS-Programms (Programm SURE)

KOM(98) 423 endg.; Ratsdok. 10594/98

A

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Union (EU),
der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (U) und
der Wirtschaftsausschuß (Wi)

empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt
Stellung zu nehmen:

EU
U
Wi

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der Rat beim Beschluß über die Vorschläge der Kommission zur Festlegung eines Mehrjahresprogramms (1998-2002) für Maßnahmen im Kernenergiebereich auf

Ausgeliefert am 06. OKT. 1998

Vertneb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax: 0228/3820844
ISSN 0720-2946

...

dem Gebiet des sicheren Transports radioaktiven Materials den Beschluß des Bundesrates vom 10. Juli 1998, BR-Drucksache 395/98 (Beschluß), zum Bericht der Ständigen Arbeitsgruppe für den sicheren Transport radioaktiver Stoffe in der Europäischen Union berücksichtigt.

- U 2. Der Bundesrat hält den Kommissionsvorschlag für eine Entscheidung des Rates über ein Mehrjahresprogramm, soweit es die Finanzierung der unter Artikel 3 Nummer 1 genannten Maßnahmen des Programms SURE betrifft, für nicht sachgerecht.

Die Mittel des Mehrjahresprogramms sind vielmehr dafür einzusetzen, daß innerhalb der Europäischen Union eine Reduzierung der Transporte von radioaktiven Stoffen und deren Risiken durch einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie gewährleistet wird.

- U 3. Der Bundesrat stimmt nicht mit der Einschätzung der Kommission überein, daß hinsichtlich des Transports radioaktiver Stoffe primär eine Erleichterung des Funktionierens des Binnenmarktes durch Harmonisierungsmaßnahmen erforderlich ist.

Vielmehr ist insbesondere beim Transport radioaktiver Stoffe der im Gemeinschaftsrecht niedergelegte Grundsatz des relativen Vorrangs des Umweltschutzes vor den übrigen Zielen der Gemeinschaft zu wahren und eine Harmonisierung der Umweltschutzstandards auf hohem Niveau sicherzustellen.

- U 4. Die Vorschläge der Kommission bzw. der Einsatz der vorgesehenen Finanzmittel berücksichtigen nur unzureichend die Interessen der Mitgliedstaaten, die sich gegen eine Nutzung der Kernenergie ausgesprochen haben.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Vorschläge der Kommission eine Reduzierung der Transporte von radioaktiven Stoffen innerhalb der Europäischen Union und die Verankerung des Prinzips des Vorrangs der nationalen Entsorgung vorsehen.

Weiterhin sind EU-Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas, insbesondere der Einsatz der Mittel aus dem TACIS- bzw. PHARE-Programm, sowohl für eine Verbesserung der Sicherheitsbedingungen des Transports radioaktiven Materials als auch zumindest im gleichen Umfang für die Entwicklung von Energieeinsparungen und alternativen Energien einzusetzen.

B

5. Der Ausschuß für Innere Angelegenheiten,
der Ausschuß für Kulturfragen und
der Ausschuß für Verkehr und Post
empfehlen dem Bundesrat, von der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG
Kenntnis zu nehmen.